

# Pro-Israel-Untersuchungsausschuss hinter Entlassung arabischer Mitarbeiter der Deutschen Welle

Rabeea Eid, Rashad Alhindi, newarab.com, 25.08.23

**Ende 2021 setzte der deutsche Sender einen „unabhängigen“ Untersuchungsausschuss ein, der pro-israelische Ansichten vertrat. Eine einjährige Untersuchung von Arab48 beleuchtet, wie arabische Mitarbeiter der DW daraufhin wegen weitgehend fadenscheiniger Antisemitismuvorwürfe ungerechtfertigt entlassen wurden. 1**

„Ahmad Mansour fragte mich nach der Art und Weise, wie meine Eltern mich erzogen haben, und ob ich Verbindungen zur Hamas hätte, er fragte mich auch nach meiner Meinung zur Boykottbewegung gegen Israel und ob ich traurig wäre, wenn ein israelisches Kind sterben würde. Er erkundigte sich auch, ob ich Israel anerkenne... Ich teilte ihm mit, dass ich die Einstaatenperspektive unterstütze.“

Maram Salem, Journalistin

„Ich wurde entlassen, ohne zu wissen warum. Ich habe mich auf andere Stellen beworben, und die Antwort war: ‚Ihre Prinzipien stimmen nicht mit unseren Grundsätzen überein‘. Mein Leben wurde auf den Kopf gestellt, weil die Deutsche Welle gegen mich wegen politischer Beiträge ermittelte, in denen ich mich kritisch über Deutschland und seinen Umgang mit der Palästina-Frage äußerte. Ich habe nicht erwartet, dass dies in einem demokratischen Land passiert, und ich hätte nie damit gerechnet, des Antisemitismus beschuldigt zu werden.“

Dies ist Maram Salem, eine in Deutschland lebende palästinensische Journalistin, die mit Arab48 aus Haifa darüber sprach, was sie seit ihrer Entlassung bei der DW im Februar 2022 durchgemacht hat.

Maram war nicht allein. Zunächst entließ die DW fünf weitere Mitarbeiter aus ihrer Arabischen Abteilung, darunter Farah Maraqa, Murhaf Mahmoud sowie Basil al-Aridi, und kündigte den Vertrag des freien Mitarbeiters Dawood Ibrahim. Zwei Wochen später wurden auch Zahi Alawi und Yasser Abumuailek entlassen. 2

Mehrere dieser Mitarbeiter wandten sich an die deutschen Arbeitsgerichte, um die Rechtmäßigkeit ihrer Entlassungen anzufechten, was bisher zu positiven Urteilen für drei von ihnen geführt hat 3.

Arab48 stellte fest, dass die Antisemitismuvorwürfe größtenteils unbegründet waren – es ging um Kritik an Israel und nicht um Antisemitismus. Außerdem zeigte der externe Untersuchungsausschuss

eine klare pro-israelische Voreingenommenheit, Ahmad Mansour, ein Schlüsselmitglied des Ausschusses, hat Verbindungen zu einer Reihe von israelischen und pro-israelischen Institutionen.

## **1. Der Anfang**

Am 30. November 2021 veröffentlichte die Süddeutsche Zeitung (SZ), eine der größten deutschen Tageszeitungen, einen Artikel, in dem behauptet wurde, dass bestimmte Mitarbeiter der Arabischen-Abteilung der DW zuvor „antisemitische“ Äußerungen in sozialen Medien und anderen Publikationen veröffentlicht hätten.

Die DW reagierte umgehend und kündigte am 1. Dezember eine Untersuchung der Vorwürfe an. Geschäftsführer Peter Limbourg bekräftigte die konsequente Haltung der DW gegen Antisemitismus und betonte, dass man das Existenzrecht Israels anerkenne.

Zwei Tage später suspendierte die DW die im SZ-Bericht erwähnten Mitarbeiter und leitete eine unabhängige externe Untersuchung ein, mit der Ex-Bundesjustizministerin Sabine Leutheusser-Schnarrenberger und der Psychologin Ahmad Mansour beauftragt wurden. Limbourg lobte die „beiden bekannten Persönlichkeiten, die aufgrund ihrer beruflichen Laufbahn für diese Aufgabe besonders geeignet sind“.

In derselben Woche gab die DW bekannt, dass sie die Zusammenarbeit mit dem jordanischen Sender Roya wegen antisemitischer Beiträge einstelle. Guido Baumhauer, DW-Geschäftsführer für Vertrieb, Marketing und Technik, versprach, dass die DW „den Prozess, mit dem wir unsere Partner auswählen, intern sorgfältiger überprüfen wird, insbesondere mit Rücksicht auf Antisemitismus und Rassismus“.

Zwei Monate später, am 7. Februar 2022, schloss die DW die externe Untersuchung ab, die zwar sporadische Fälle von Antisemitismus einräumte, aber die Vorstellung von „systematischem Antisemitismus bei der DW“ zurückwies.

Die DW-Verwaltung ergriff strenge Maßnahmen, darunter die Kündigung der genannten Mitarbeiter. Ein Zehn-Punkte-Aktionsplan sprach sich dafür aus, dass der Sender eine für die Mitarbeiter verbindliche Antisemitismus-Definition verabschiedet, die die „Anerkennung des Existenzrechts Israels“ und die „Weigerung, den Holocaust zu leugnen oder zu verharmlosen“ beinhaltet.

Die Deutsche Welle erklärte sich bereit, einen aktualisierten Verhaltenskodex auszuarbeiten, in dem „rote Linien“ festgelegt werden. Eine Version dieses Kodex soll speziell für die Partnerorganisationen der DW im Nahen Osten entwickelt werden.

Eine weitere Maßnahme des Zehn-Punkte-Aktionsplans war die Eröffnung eines DW-Büros in West-Jerusalem im Staat Israel.

Die Untersuchung der DW erstreckte sich auf die Bewertung von Partnerschaften mit arabischen und palästinensischen Organisationen auf der Grundlage ihrer Berichterstattung über die Palästinafrage. Empfehlungen zur Beendigung oder Überprüfung von Partnerschaften wurden auf der Grundlage von Antisemitismuvorwürfen oder der von diesen Organisationen verwendeten Terminologie bei der Kritik an der israelischen Besatzung ausgesprochen.

Diese Organisationen waren: Der jordanische Sender *Roya*, der libanesische Fernsehsender *Al Jadeed TV*, die palästinensische Nachrichtenagentur *Ma'an*, das *Hamleh-Arab Centre for Social Development*, die *Palestinian Broadcasting Corporation*, *PYALARA (Palestinian Youth Association for Leadership And Rights Activation)*, *TAM (Palestinian Women Media and Development Organisation)*, das palästinensische Radio *Nisaa FM* und *Campji* - eine von palästinensischen Flüchtlingen geführte Organisation mit Sitz im Libanon.

Der *Euro-Med Human Rights Monitor* kritisierte die Entscheidung, die arabischen Mitarbeiter zu entlassen, und warnte, dass solche Maßnahmen nur die Tür öffnen würden zu einer „antiarabischen Säuberung in den deutschen Medien“. Die Menschenrechtsorganisation erklärte außerdem, dass der Rahmen, die Analyse und die Empfehlungen der externen Untersuchung viele Fälle von Voreingenommenheit zugunsten Israels und gegen die Palästinenser zeigten. 4

## **2. Die Mitarbeiter**

Die palästinensische Journalistin Maram Salem war eines der prominenten Gesichter unter den entlassenen Mitarbeitern. Vor einigen Monaten erhielt Salem ein Urteil des Arbeitsgerichts Bonn, in dem festgestellt wurde, dass ihre Entlassung bei der DW rechtswidrig war und der Sender sie wieder einstellen muss.

Maram Salem war erst kurz zuvor von der DW mit einem Preis für herausragende Leistungen ausgezeichnet worden. Im Gegensatz zu ihren Kolleginnen und Kollegen wusste sie nicht einmal, wegen welcher Beiträge sie des Antisemitismus bezichtigt wurde.

„Während der Befragung durch den externen Untersuchungsausschuss [...] wurde ich nicht nach meinen *Social-Media-Posts* gefragt, und ich wusste nicht, warum gegen mich ermittelt wurde. Was die *Posts* angeht, die die DW dem Gericht gegen mich vorgelegt hat, so hat uns diese anfangs niemand offengelegt – aber das Gericht hat sie dazu gezwungen, diese *Posts* bestanden in einer politischen Kritik an Deutschland.“

Sie erinnerte sich an bestimmte Fragen, die ihr von einem der Ausschussmitglieder gestellt wurden: „Ahmad Mansour fragte mich nach der Art und Weise, wie meine Eltern mich erzogen haben, und ob ich Verbindungen zur *Hamas* hätte, er fragte mich auch nach meiner Meinung zur Boykottbewegung gegen Israel und ob ich traurig wäre, wenn ein israelisches Kind sterben würde. Er erkundigte sich auch, ob ich Israel anerkenne... Ich teilte ihm mit, dass ich die Einstaatenperspektive unterstütze.“

Salem, die in der Videoabteilung arbeitete, wies darauf hin, dass sie während der Ermittlungen nicht wusste, dass es sich bei der Frau, die das Protokoll des Treffens auf Deutsch verfasste, um Beatrice Mansour – die Frau von Ahmad Mansour – handelte. Da das Verhör auf Arabisch stattfand, basierte die niedergeschriebene Übersetzung auf dem, was Ahmed Mansour ihr diktieren hatte.

„Es ist bekannt, dass Ahmad Mansour islamfeindlich ist“, sagte Salem, „ich weiß nicht, wie er von der DW ausgewählt wurde. Später erfuhr ich von Kollegen, dass es einen internen Aufruhr über Mansours Ernennung für diese Aufgabe und viele Diskussionen über seine Qualifikationen gegeben hatte. Dann versuchte [die DW], diese Entscheidung abzuleugnen.“

Salem glaubt, dass sich die DW nach dem SZ-Artikel in die Enge getrieben sah und der Öffentlichkeit sowie den deutschen Medien einen Sündenbock anbieten wollte.

„Ich hätte nie erwartet, dass mir das in Deutschland passieren würde. Ich hatte geglaubt, dass wir uns in einem demokratischen Land befinden und nicht, dass ich wegen Meinungsfreiheit vor Gericht gestellt werde und meinen Job verliere, dass meine Organisation mich vor den Bus wirft mit falschen Antisemitismusvorwürfe, zu denen mich die deutschen Medien weder nach meiner Meinung fragen noch um einen Kommentar bitten würden“, sagte Salem gegenüber *Arab48*.

#### **„Die Medien in Deutschland verstehen unsere Herkunft und den Nahostkonflikt nicht“**

Die palästinensisch-jordanische Farah Maraqa ist eine weitere entlassene DW-Journalistin. Am 5. September 2022 erreichte sie eine gerichtliche Entscheidung, dass ihre Entlassung bei der DW „rechtlich ungerechtfertigt“ war, wogegen die DW Berufung einlegte – die Deutsche Welle verlor die Berufung am 28. Juni 2023, als das Arbeitsgericht Berlin erneut zu Maraqa's Gunsten entschied, obwohl noch Gerichtsverfahren laufen.

Maraqa war die einzige Mitarbeiterin, die sich weigerte, an den von der DW eingerichteten Untersuchungsausschusssitzungen teilzunehmen, und stattdessen einen Blog startete, auf dem sie neun Artikel in englischer Sprache über ihre Erfahrungen mit den gegen sie erhobenen Antisemitismusvorwürfen veröffentlichte.

In ihrem Blog\* enthüllte Maraqa, dass niemand von der DW die gegen sie erhobenen Vorwürfe hinterfragt oder versucht habe, sie zu überprüfen; diese bezogen sich auf eine Reihe sarkastischer Artikel, die sie vor ihrem Eintritt in die DW für eine Kolumne in der panarabischen Zeitung *Rai al -Youm* geschrieben hatte. Diese seien aus dem Zusammenhang gerissen und als antisemitisch dargestellt worden, so Maraqa.

Die entlassene DW-Mitarbeiterin wies darauf hin, dass deutsche Medien sie nicht kontaktiert hätten, um ihr das Recht auf eine Stellungnahme einzuräumen, und dass sie als „Judenhasserin“ dargestellt worden sei. Gegenüber *Arab48* sagte sie: „Deutschland ist ein Land mit einer Geschichte mit Juden, und der Holocaust war eines der hässlichsten Verbrechen des letzten Jahrhunderts; daran habe ich keinen Zweifel, ich verstehe die Sensibilität des Themas. Andererseits hätte ich nie gedacht, dass die Medien hier unsere Erziehung und die Konflikte im Nahen Osten nicht verstehen könnten.“

Ein anderer entlassener Mitarbeiter, der anonym bleiben möchte, erklärte gegenüber *Arab48*, dass er seit seiner Entlassung durch die DW und der Verbreitung seines Namens in allen deutschen Medien Schwierigkeiten hatte, eine neue Stelle zu finden.

#### **„Einige ziehen es vor, die Berichterstattung über Israel und Palästina zu vermeiden“**

*Arab48* sprach mit einem derzeitigen Mitarbeiter der DW, der es vorzog, anonym zu bleiben (wir nennen ihn hier Amjad).

Amjad sagte, dass die Atmosphäre in der arabischen Abteilung von Angst geprägt war, als verschiedene Kollegen zur Untersuchung vorgeladen wurden, jeder befürchtete, der Nächste zu sein, und dass sie ihre früheren palästinabezogenen Beiträge in den sozialen Medien durchforsteten.

**Der hannoversche Zweig der Deutsch-Israelischen Gesellschaft, ein Verein, der für seine antipalästinensische und stark pro-israelische Haltung bekannt ist, verlieh Mansour 2019 den Theodor-Lessing-Preis. Zu den bemerkenswertesten Positionen der Gesellschaft gehört ihre Leugnung der Nakba von 1948.**

„Dies wirkte sich auf die Arbeit des Senders aus. Es herrschte eine große Zurückhaltung bei der Berichterstattung über Israel und Palästina, einige zogen es vor, nicht darüber zu berichten oder Artikel zu schreiben. Die Empfehlungen und Ergebnisse der Untersuchung wurden sehr negativ bewertet, vor allem was die Verfälschung und den Versuch betrifft, die Geschichte der Nakba umzuschreiben, und auch wegen der Entlassung von Kollegen, die eine willkürliche Entscheidung darstellte.“

Amjad ging auf den neuen Verhaltenskodex 5 der DW ein und sagte, dass dieser keine klare Unterscheidung zwischen Kritik am Staat Israel und Antisemitismus treffe.

„Daher haben wir als Journalisten, die in der arabischen Abteilung arbeiten, ein echtes Problem, wenn wir Begriffe wie „die Besatzung“, „Besatzungsarmee“ oder „besetzte Gebiete“ verwenden, da es in dieser Angelegenheit keine klaren Grenzen gibt.“

Amjad schloss mit den Worten: „Wir sind verpflichtet, den Verhaltenskodex zu akzeptieren, wenn wir das nicht tun, werden wir verwarnt, dann werden Strafen verhängt, die bis zur Entlassung gehen können. Was passiert ist, war ein großer Schock, der dem Ruf des Senders in Deutschland und der Welt geschadet hat und die Freiheiten, insbesondere die Pressefreiheit, beschnitten hat.“

### **3. Bewertung des Berichts des Untersuchungsausschusses**

**Arab48 bat den Experten Moshe Zuckermann, einen deutsch-israelischen jüdischen Soziologen und Professor, um Unterstützung bei der Bewertung der Glaubwürdigkeit des Untersuchungsausschusses und des von ihm am 7. Februar 2022 veröffentlichten Berichts über die Antisemitismusrwürfe gegen DW-Mitarbeiter.**

Zuckermann ist Professor für Geschichte und Philosophie an der Universität von Tel Aviv und hat über Antisemitismus geschrieben. Er ist Unterzeichner der *Jerusalem Erklärung zum Antisemitismus (JDA)*, die 2021 von jüdischen Wissenschaftlern aus den Bereichen Holocaustgeschichte, jüdische Studien und Nahoststudien veröffentlicht wurde. Die *JDA* enthält Leitlinien und Kriterien für die Erkennung, Behandlung und Förderung des Bewusstseins für Antisemitismus.

Die *JDA* wurde als Reaktion auf die Definition der *International Holocaust Remembrance Alliance (IHRA)* formuliert, die nach Ansicht der Befürworter der *JDA* den Kampf gegen Antisemitismus behindert, da sie Kritik an Israel mit Antisemitismus vermengt.

Die von der DW eingesetzte Untersuchungskommission verwendete die *IHRA-Arbeitsdefinition*, um Fälle von Antisemitismus zu identifizieren. Zuckermann überprüfte die von der DW veröffentlichte Untersuchung, dieses Mal jedoch in Übereinstimmung mit der *JDA*.

Von den elf Äußerungen und Social-Media-Posts der entlassenen Mitarbeiter, die der Untersuchungsausschuss als antisemitisch einstufte, bewertete Zuckermann nur zwei davon als „tatsächlich antisemitisch“ nach den Standards der *JDA*. Die anderen neun stuft Zuckermann als israelkritische Äußerungen ein oder als bloßen „Klatsch in den sozialen Medien“.

Fünf Artikel, die auf der deutschsprachigen Website der DW veröffentlicht wurden, wurden in dem Bericht ebenfalls kritisiert, weil sie auf möglichen Antisemitismus hinwiesen. Diese behandelten die Proteste des Gaza-Marsches der Rückkehr im Jahr 2018 und die Rolle der Frauen dabei; die Nakba, den palästinensischen Widerstand sowie die Gründung des israelischen Staates.

In einem Fall wurde ein ganzer Abschnitt über die gewaltsame Vertreibung der Palästinenser im Jahr 1948 gestrichen und durch einen vagen Satz ersetzt, der sich nur auf den Verlust ihres Heimatlandes bezog. Der Bericht kritisierte auch Tweets der DW-Sendung *Fifth Estate* mit dem Hashtag „#Save\_Sheikh\_Jarrah\_Neighbourhood“, die später gelöscht wurden. Sheikh Jarrah befindet sich im besetzten Ost-Jerusalem. Seine palästinensischen Bewohner sind häufig Vertreibungen und Angriffen von Siedlern ausgesetzt.

Zuckermann kam zu dem Schluss, dass keiner dieser Vorfälle antisemitisch sei, sondern es sich vielmehr um historische und aktuelle Realität handele. Insbesondere war er der Ansicht, dass der Untersuchungsausschuss israelische Propaganda – auf Hebräisch „Hasbara“ genannt – verbreite, um die palästinensische Geschichte auszulöschen.

Bei den Aussagen oder Beiträgen mehrerer Gäste, die in DW-Sendungen eingeladen wurden oder live auftraten und die in dem Bericht hervorgehoben wurden, stellte Zuckermann keine Fälle von Antisemitismus nach den *JDA*-Kriterien fest. Stattdessen beobachtete er, dass diese Episoden Kritik an der israelischen Politik enthielten.

Mehrere Medienpartner der DW im Nahen Osten wurden des Antisemitismus beschuldigt, weil sie in ihren Sendungen und Artikeln Begriffe wie „Besatzung“, „Widerstand“, „Märtyrer“ und „israelische Aggression“ verwendeten, und im Fall von *Roya* wegen der Veröffentlichung von Anti-Israel-Karikaturen.

Zuckermanns Einschätzung war, dass die Berichterstattung dieser Medien nicht antisemitisch sei und dass der Ausschuss an der Wirklichkeit vorbeigehe, weil er die Tatsache der israelischen Besatzung leugne – und daher Begriffe wie „Besatzung“ und „Besitzer“ als antisemitisch betrachte. Er betonte,

dass es natürlich sei anzunehmen, dass die Partner der DW in der arabischen Welt dazu neigen würden, Israel und vielleicht auch den Zionismus zu kritisieren, aber das sei kein Antisemitismus.

Die DW-Untersuchung erhob auch Antisemitismusrwürfe gegen fünf Partnerorganisationen der *Deutschen Welle Akademie (DWA)* (Zentrum für internationale Medienentwicklung und Journalisten-ausbildung der DW). Die prominentesten unter ihnen sind *Hamleh* und *PYALARA*.

Der Untersuchungsausschuss prüfte zahlreiche Social-Media-Posts dieser Organisationen und beschuldigte sie des Antisemitismus wegen der Verwendung von Hashtags wie „#Save\_Sheikh\_Jarrah\_Neighbourhood“ und „#Jerusalem\_is\_ours“ sowie von Begriffen wie „die Besatzung“, „die zionistische Einheit“ und „Märtyrer“. Ihnen wurde auch vorgeworfen, Leitmaterial zu verbreiten, mit dem die für palästinensische Inhalte unfreundlichen Funktionen der Facebook-Plattform umgangen werden könnten.

Der Bericht des Ausschusses empfahl daraufhin, die Zusammenarbeit mit all diesen Organisationen zu beenden, da er ihre Inhalte als schädlich und als einseitige Förderung der palästinensischen Darstellung ansah – eine Haltung, die der Ausschuss für inakzeptabel hielt.

Zuckermann konnte jedoch keinen einzigen Fall von Antisemitismus in den Beiträgen der fünf Organisationen feststellen: „Sie standen Israel und dem Zionismus kritisch gegenüber, und einige von ihnen verwendeten eine ablehnende Sprache, aber das bedeutet nicht, dass sie jüdenfeindlich waren“.

Der Untersuchungsausschuss sei voreingenommen, messe mit zweierlei Maß und übersehe die Präsenz von Hassdiskursen in der israelischen Gesellschaft, indem er ausschließlich die palästinensische Seite verurteile, ohne den Hintergrund der Besatzung anzuerkennen.

Der deutsch-israelische Historiker ist der Ansicht, dass in Deutschland in verschiedenen Situationen schnell der Vorwurf des Antisemitismus erhoben wird und dass dies immer häufiger vorkommt. Er argumentiert jedoch, dass die Gleichsetzung von Judentum, Zionismus und Israel zeige, wie das Thema mit deutschen Befindlichkeiten verwoben sei, anstatt dass es sich um einen echten Kampf gegen Antisemitismus handele.

Der Untersuchungsausschuss sei „nicht in der Lage, zwischen Antisemitismus, Antizionismus und Israelkritik zu unterscheiden, und das ist ungeheuerlich, denn nicht alle Juden sind Zionisten, nicht alle Zionisten sind Israelis, und nicht alle Israelis sind Juden – wer diese Grundstruktur nicht versteht, kann überhaupt keine Meinung zum Antisemitismus haben“, so Zuckermann.

#### **4. Der Untersuchungsausschuss**

In ihrer ursprünglichen Erklärung vom Dezember 2021 kündigte die DW an, die Untersuchung der Antisemitismusrwürfe einem externen Ausschuss zu übertragen, der sich aus Sabine Leutheusser-Schnarrenberger und Ahmed Mansour zusammensetze.

Die Ergebnisse der Untersuchung, die Anfang Februar 2022 veröffentlicht wurden, zeigten jedoch, dass sie an *Mind Prevention*, eine von Ahmed Mansour und seiner Frau Beatrice Mansour geleitete Organisation, übertragen worden war. Ahmed Mansour bestätigte diese Vereinbarung gegenüber

*Arab48* und erklärte, dass der Vertrag mit der DW die Aufgabe an *Mind Prevention* und nicht an ihn allein übertragen habe und dass sie bei der Untersuchung als Team mit Leutheusser-Schnarrenberger zusammengearbeitet hätten.

### **Sabine Leutheusser-Schnarrenberger**

Ex-Bundesjustizministerin Sabine Leutheusser-Schnarrenberger ist Juristin, Politikerin, Mitglied des Bayerischen Verfassungsgerichtshofs und arbeitet als Landesbeauftragte für die Bekämpfung des Antisemitismus in Nordrhein-Westfalen.

Am 27. Januar 2020, dem Tag des Gedenkens an die Opfer des Nationalsozialismus in Deutschland, behauptete Leutheusser-Schnarrenberger auf Twitter, dass „die BDS-Bewegung zum Boykott jüdischer Geschäfte aufruft“ - obwohl die BDS-Bewegung nicht dazu auffordert, sondern zu Boykott, Desinvestition und Sanktionen gegen israelische und nicht-israelische Unternehmen, die an Israels Verletzungen der Rechte der Palästinenser beteiligt sind.

Im April 2020 unterstützte Leutheusser-Schnarrenberger die Forderung, den kamerunischen Philosophen und Historiker Achille Mbembe vom Ruhrtriennale-Festival auszuladen, weil er „die antisemitische Boykottbewegung (BDS) unterstützt und Israel mit dem Apartheid-Regime in Südafrika vergleicht“.

Im Mai 2021 rief sie Demonstranten, die der palästinensischen Nakba gedenken, dazu auf, sich von allen Formen des Antisemitismus zu distanzieren, einschließlich der „Infragestellung des Existenzrechts Israels und der Dämonisierung des Landes“.

### **Mind Prevention [Geistige Verhütung]**

*Arab48* war nicht in der Lage, das erforderliche Fachwissen zu ermitteln, das *Mind Prevention* qualifiziert hätte, eine komplexe und sensible Untersuchung wie die von der DW in Auftrag gegebene vorzunehmen.

Laut der Website von *Mind Prevention* bietet die Organisation Beratung in den Bereichen Psychotherapie, Bildung und Verwaltung an, leistet praktische Unterstützung bei der Bewältigung von Problemen im Zusammenhang mit Extremismus, Islamismus und Antisemitismus und fördert Maßnahmen zur erfolgreichen multikulturellen Integration.

*Mind Prevention* ist auch an Workshops zur Prävention gegen Islamismus und Extremismus beteiligt. Diese Initiativen richten sich an junge Strafgefangene mit muslimischem Hintergrund, Schüler mit Einwanderungs- oder Asylverfahren sowie deren Lehrer.

Die Organisation bietet auch Schulungen für Psychotherapeuten und Fachleute im Bereich Integration und Multikulturalismus an. In Zusammenarbeit mit einer Berufsschule in Bayern veranstaltete die Stiftung außerdem einen Workshop zum Thema „Demokratieförderung und Prävention von Antisemitismus und Extremismus“.



## **Ahmad Mansour**

Mansour bezeichnet sich selbst als muslimisch-arabischer Israeli. Er hat in Deutschland eine große Fangemeinde und ist häufig in Talkshows und Sendungen der Medien zu Gast. Er schreibt Artikel und wird als Experte für „Islam“, „Integration“, „Islamismus“, „Extremismus“, „Terrorismus“, „Antisemitismus“ oder auch als Psychologe vorgestellt.

Mansour ist Autor von Büchern, darunter: „Generation Allah: Warum wir unseren Ansatz zur Bekämpfung des religiösen Extremismus überdenken müssen“ und „Operation Allah – Wie der politische Islam unsere Demokratie unterwandern will“.

Mansour stammt aus einer palästinensischen Familie aus der Stadt Tira im Zentrum des Staates Israel, in einem Gebiet, das als „Dreieck“ bekannt ist. Er behauptet, einst der Muslimbruderschaft nahe gestanden zu haben, und sagt, dass er in seiner Jugend beinahe ein islamischer Extremist geworden sei, als ein örtlicher Imam versuchte, ihn zu rekrutieren. Später studierte er Psychologie in Tel Aviv und zog 2004 nach Deutschland, um sein Universitätsstudium fortzusetzen.

Wir fragten ihn, inwiefern seine Qualifikationen ihn für die Untersuchung befähigen. Mansour sagte, er arbeite mit jungen Menschen in den Bereichen Rassismus, Integration, Extremismus und Antisemitismus. Er erwähnte seine Schriften und sagte, er habe „an Forschungsprojekten gearbeitet und Universitätsvorlesungen in diesen Bereichen gehalten“.

## **Kritik an Ahmad Mansour**

Bei der Recherche zu Mansour stieß *Arab48* auf viel Kritik an seiner Arbeit und seinen Medienauftritten.

Ferda Ataman, die 2022 zur Unabhängigen Antidiskriminierungsbeauftragten des Bundes gewählt wurde (Mansour lehnte ihre Kandidatur vehement ab), charakterisierte ihn und andere Personen auf Twitter im Jahr 2020 als „Kronzeugen, wenn es darum geht, den Islam zu kritisieren [...] Muslime, die gegenüber Nicht-Muslimen über Muslime schimpfen und als ‚mutig‘ gefeiert werden.“

Die Journalistin und Professorin für Islamwissenschaften Katayoun Amirpour kritisierte Mansour 2015 in einem Artikel mit dem Titel „Islam Equals Violence: Die tödliche Harmonie zwischen Kriegern und Kritikern“, in dem sie die Gefahren der Gleichsetzung von Islam und islamischem Extremismus erörterte. Mansour hatte behauptet, die Ideen des Islamischen Staates (IS) basierten auf dem Mainstream-Islam, wie er von vielen Muslimen in Deutschland praktiziert werde.

Die *Bridge Initiative* der Georgetown University in Washington ist ein Forschungsprojekt über Islamophobie. Im Jahr 2020 veröffentlichte sie ein umfangreiches Faktenblatt über Mansour, in dem sie zahlreiche Fälle dokumentierte, in denen er sich in Medieninterviews und Artikeln islamfeindlich geäußert hatte. Zitate von Mansour scheinen ein antimuslimisches Klima in Deutschland zu fördern.

Laut *The Bridge Initiative* prägte Mansour den Begriff „Generation Allah“, um ein „allgemeines psychokulturelles Problem für alle Muslime“ zu beschreiben. Und er behauptete, dass „die Bedrohung für Deutschland nicht von ein paar hundert fanatischen Islamisten ausgeht, sondern von einer ganzen

Generation junger Muslime – der Generation Allah –, die alle von islamischer Radikalisierung bedroht sind.“

Wir haben diese Kritikpunkte bei der DW angesprochen. Ihr Sprecher, Christoph Jumbelt, betonte, dass „religiöse Überzeugungen und Kritik am Islam nicht Teil der Ermittlungen waren.“

Auf die Frage nach Mansours Qualifikationen für die Leitung der eigentlichen Untersuchung verwies Jumbelt auf die Pressemitteilung der DW, in der Mansour als Experte für den politischen Islam vorgestellt wird, der im Bereich der Integration, insbesondere bei der Polizei und in Justizvollzugsanstalten, tätig ist. In der Erklärung wurde zwar darauf hingewiesen, dass er gegen Antisemitismus kämpft, aber nicht, dass er ein Experte auf diesem Gebiet ist.

Auf die *Bridge Initiative* angesprochen, antwortete Mansour: „Wenn Sie weiter recherchieren, werden Sie feststellen, dass die Verantwortlichen dieser Seite im Verdacht stehen, Teil des Netzwerks des politischen Islams zu sein und dass in Österreich gegen sie ermittelt wird. Aber [...] Sie ignorieren Tausende von Artikeln und untersuchen nur jene, die mich als Islamhasser darstellen.“

Der Leiter von *Mind Prevention* erklärte gegenüber *Arab48*: „Ich bin Muslim und ich kritisiere alle Arten von islamischem Extremismus und nicht die Religion an sich, das ist etwas, dem die meisten muslimischen Länder und die meisten Muslime auf der Welt zustimmen würden. Ich bin ein politischer Mensch, und ich spreche über viele Themen. Es gibt diejenigen, die meine Ansichten teilen, und diejenigen, die anderer Meinung sind – das ist Demokratie“.

Was Mansours Behauptung über die *Bridge Initiative* angeht, so besteht das Team, das die Initiative leitet, aus sechs Akademikern. Der einzige, der in Österreich lebt, ist der Politikwissenschaftler Farid Hafez, gegen den zwei Jahre lang infolge falscher Anschuldigungen der Zugehörigkeit zu einer terroristischen Vereinigung im Zuge der so genannten *Operation Luxor* ermittelt wurde. Es handelte sich dabei um eine Kampagne, die im Jahr 2020 von Österreichs derzeitigem Bundeskanzler Karl Nehammer geführt wurde, als dieser Innenminister war. 6

Die Operation Luxor bestand aus Polizeirazzien und Verhaftungen, die sich gegen zahlreiche prominente muslimische Persönlichkeiten und Einrichtungen richteten, die unter dem fadenscheinigen Vorwurf des „islamischen Terrorismus“ standen. Nach dieser Operation, die weithin als Fehlschlag betrachtet wurde, wurde niemand angeklagt.

### **Beziehungen zu pro-israelischen Organisationen**

Mansour scheint auch zahlreiche Verbindungen zu israelischen oder pro-israelischen Organisationen zu haben. Mehreren Quellen zufolge arbeitete Mansour als leitender politischer Berater und Programmdirektor für die *Europäische Stiftung für Demokratie* in Brüssel (*EFD*). Bis zum 8. März 2022 war dies auf der offiziellen Seite der Institution aufgeführt, wurde aber inzwischen gelöscht.

Die *Bridge Initiative* beschreibt die EFD als „eine europäische Denkfabrik, deren Inhalt sich darauf konzentriert, muslimische zivilgesellschaftliche Organisationen zu diffamieren und zu versuchen, solche Organisationen aus dem europäischen politischen Feld auszuschließen.“

Zu den Geldgebern des *EFD* gehören neben dem Milliardär Paul Singer auch die *Hochberg Family Foundation*, die *Bodman Foundation* und die *Marcus Foundation*. Sie alle finanzieren zahlreiche pro-israelische Organisationen, darunter das islamfeindliche *Middle East Forum*, das für die Akzeptanz Israels unter Palästinensern und Arabern wirbt, sowie *MEMRI TV* und *Aish HaTorah*.

Wir haben uns schriftlich an die *EFD* in Brüssel gewandt, um uns über Mansours frühere Rolle in der Organisation zu erkundigen und zu erfahren, warum er von der Website gestrichen wurde, haben jedoch keine Antwort erhalten.

Mansour wurde auf der Website auch als Mitarbeiter des *International Institute for Counter-Terrorism (ICT)* aufgeführt, einer rechtsgerichteten Denkfabrik mit Sitz an der Reichman-Universität in Israel, ohne dass seine Rolle erläutert wurde. Das *ICT* ist für seine engen Verbindungen zum israelischen Militär- und Sicherheitsapparat bekannt, der ehemalige Mossad-Direktor Shabtai Shavit ist seit 2001 Vorsitzender des Verwaltungsrats.

Das gleiche Foto und der gleiche Text, die für Mansours Mitarbeiterprofil auf der *EFD*-Website verwendet wurden, wurden auch für *ICT* benutzt, aber auch diese Seite wurde im März 2022 gelöscht. Wir haben uns schriftlich bei der *ICT* nach den Gründen dafür erkundigt, aber keine Antwort erhalten.

Mansour war auch ein wichtiges Gesicht der Spendenkampagnen für die *Keren Hayesod* Stiftung, die größte zionistische Spendenstiftung der Welt.

Der 1920 gegründete *Keren Hayesod* spielte eine grundlegende Rolle bei der Finanzierung der zionistischen Einwanderung in das historische Palästina und „unterstützte den Bau der ersten zionistischen Siedlungen, die 3 Millionen Einwanderer ins Land brachten“. Ebenso förderte er laut einer 2016 veröffentlichten Untersuchung von *Haaretz* israelische Siedlungen im besetzten Ost-Jerusalem. 7

Mansour hat Preise von Organisationen erhalten, die antipalästinensische Positionen vertreten und die israelische Propaganda unterstützen. So verlieh das *American Jewish Committee (AJC)* (Sektion Berlin) Mansour 2013 den *Ramer Award for Courage in the Defense of Democracy*. Das *AJC* ist eine internationale Pro-Israel-Organisation, die sich 2011 gegen den Beitritt Palästinas zur UNESCO ausgesprochen hat und die BDS-Bewegung als antisemitisch betrachtet.

Der hannoversche Zweig der Deutsch-Israelischen Gesellschaft, ein Verein, der für seine antipalästinensische und stark pro-israelische Haltung bekannt ist, verlieh Mansour 2019 den Theodor-Lessing-Preis. Zu den bemerkenswertesten Positionen der Gesellschaft gehört ihre Leugnung der Nakba von 1948.

## **5. Das Recht auf Antwort**

### **Sabine Leutheusser-Schnarrenberger**

Wir wollten von der ehemaligen Bundesjustizministerin Sabine Leutheusser-Schnarrenberger wissen, ob der Untersuchungsausschuss die IHRA-Antisemitismus-Definition übernommen hat und ob sie von Ahmad Mansours angeblicher Islamfeindlichkeit wusste.

*Arab48* wollte auch ihre Rolle innerhalb von *Mind Prevention* oder ihre Zusammenarbeit mit der Stiftung klären.

Sie hat uns nicht geantwortet.

### **Ahmad Mansour**

Wir fragten Ahmad Mansour nach der anfänglichen Erklärung der DW zur Einleitung der Untersuchung, in der *Mind Prevention*, eine Organisation, der er zusammen mit seiner Frau Beatrice vorsteht, zunächst nicht erwähnt wurde.

Er antwortete: „Im Vertrag wurde vereinbart, dass die Aufgabe an *Mind Prevention* und nicht nur an mich übertragen wird. Wir haben die Aufgabe als Team übernommen, und bei jedem Treffen haben wir uns als drei Personen vorgestellt und unseren Auftrag ausführlich erläutert. Sabine Leutheusser-Schnarrenberger war acht Jahre lang Bundesjustizministerin und legt großen Wert auf Fairness, Transparenz und klare Regeln, und wir haben uns in allen Sitzungen an diese Regeln und Richtlinien gehalten.“

Wir fragten nach den Kriterien, nach denen Äußerungen als antisemitisch bewertet werden. Er antwortete: „Wir haben uns auf die IHRA-Definition gestützt, die von der deutschen Bundesregierung übernommen wurde, das stand im Vertrag mit der DW.“

*Arab48* fragte Mansour, ob er die Existenz der israelischen Besatzung der Westbank, Ost-Jerusalems und der Golanhöhen anerkenne, wie sie von der deutschen Regierung festgestellt und durch internationale UN-Konventionen definiert wurde. Er antwortete: „Ich unterstütze die Zwei-Staaten-Lösung und kritisiere die israelische Siedlungspolitik und andere politische Maßnahmen, insbesondere der derzeitigen Regierung.“

Wir fragten ihn, warum Begriffe wie „Besatzung“ und „Besatzer“ in der Untersuchung als antisemitisch eingestuft wurden. Er antwortete: „Ich betrachte Kritik an Israel oder der israelischen Besatzung nicht als antisemitisch“.

In dem Bericht mit dem Titel „External Investigation into Antisemitism Accusations“ (Externe Untersuchung von Antisemitismuskritik) taucht jedoch der Begriff „Besatzung“ sechsmal, „Besatzer“ fünfmal, „Besatzungsbehörden“ fünfmal und „Besatzungsarmee“ einmal auf (auf den Seiten 15, 18, 30, 32, 33, 46, 47, 51, 55). Der Untersuchungsausschuss führte diese Begriffe als Beleg für Antisemitismus an.

Wir fragten, warum der Hashtag #Save\_Sheikh\_Jarrah\_Neighbourhood in dem Bericht als antisemitische palästinensische Propaganda betrachtet wurde. Mansour antwortete: „Das ist ungenau. Diese Aussage an sich ist nicht antisemitisch, und sie wurde auch nicht als antisemitisch bewertet. Diese Aussage wurde aufgrund journalistischer Standards hervorgehoben, d.h. ob es den Mitarbeitern der DW erlaubt sein sollte, mit einem bestimmten Thema zu sympathisieren.“

Der Hashtag #Save\_Sheikh\_Jarrah\_Neighbourhood taucht im Bericht des Untersuchungsausschusses sieben Mal in fünf verschiedenen Fällen auf (auf den Seiten 2, 17, 34, 45, 51).

Auf Seite 2, wo die Beweise präsentiert wurden, widmeten die Autoren des Berichts einen Absatz der Bedeutung des Hashtags #Save\_Sheikh\_Jarrah\_Neighbourhood bei den Ermittlungen.

Auf Seite 17, als Teil einer Bewertung der Verwendung des Hashtags durch den Twitter-Account der DW-Talkshow *Fifth Estate*, heißt es in dem Bericht: „Die Verwendung des Hashtags #Save\_Sheikh\_Jarrah\_Neighborhood fällt in den Bereich der palästinensischen Eigenpropaganda und ist unangemessen.“

Auf Seite 34, innerhalb der Schlussfolgerungen und Empfehlungen, heißt es in dem Bericht: „In den Berichten wurden große Fehler begangen, darunter: (...) die Teilnahme an der Kampagne #Save\_Sheikh\_Jarrah\_Neighbourhood (...).“

Wir sprachen die Urteile des Arbeitsgerichts an, wonach die Entlassung von drei Mitarbeitern rechtswidrig war und sie wieder eingestellt sowie ihre Anwaltskosten erstattet werden sollten. Mansour antwortete: „Der Bericht forderte nicht die Entlassung der Mitarbeiter, sondern bewertete lediglich die Kommentare der Mitarbeiter in den sozialen Medien. Wir waren nicht an den Gerichtsverhandlungen beteiligt. Wir wurden nicht eingeladen und haben auch keine Bewertung abgegeben. Aufgrund einer Geheimhaltungsvereinbarung dürfen wir uns dazu nicht äußern.“

**Auf Seite 9 kam der Bericht zu dem Schluss, dass die bewerteten Beiträge der betreffenden Mitarbeiter nach den Kriterien der IHRA antisemitisch waren. In der Bewertung heißt es weiter: „Die beantragten Suspendierungen erscheinen uns gerechtfertigt.“**

Wir fragten Mansour, ob er den Bericht überdenken und sich bei den Mitarbeitern und den Organisationen, denen Antisemitismus vorgeworfen wird, entschuldigen würde, wenn die deutschen Gerichte letztlich zugunsten der entlassenen Mitarbeiter entscheiden. Er hat nicht geantwortet.

*Arab48* fragte den Vorsitzenden von *Mind Prevention*, ob er eine Mitarbeiterin über ihre familiäre Erziehung im Hinblick auf Israel, ihre Verbindungen zur Hamas und ihren Glauben an das Existenzrecht Israels befragt habe. Mansour bestritt, diese Fragen gestellt zu haben, und erklärte: „Das ist nicht wahr, alle gestellten Fragen bezogen sich nur auf den Vorwurf des Antisemitismus.“

Wir erkundigten uns nach seiner früheren und aktuellen Zusammenarbeit mit israelischen Einrichtungen und der Art dieser Arbeit. Er verneinte die Verbindungen und erklärte: „Ich bin ein arabischer Israeli und lebte in Israel bis ich 28 war. In Israel habe ich in einem Krankenhaus, im Straßenbau, in einem Kundendienstzentrum und in einem Telekommunikationsunternehmen gearbeitet. Seit ich nach Deutschland gekommen bin, habe ich mit keinem israelischen Unternehmen gearbeitet. Ich habe dort nur einmal einen Vortrag an einer Universität gehalten, über die Freiheit in der Wissenschaft.“

*Arab48* nahm Kontakt mit dem *International Institute for Counter-Terrorism (ICT)* in Herzliya auf und fragte, ob Mansour dort gearbeitet habe. Wir erhielten keine Antwort.

Wir stellten die gleiche Frage an die *Europäische Stiftung für Demokratie (EFD)* in Brüssel und erhielten ebenfalls keine Antwort.

**Deutsche Welle**

*Arab48* fragte die DW, ob die externe Untersuchung das Ergebnis des medialen Drucks sei, dem sie nach dem Bericht der Süddeutschen Zeitung (SZ) ausgesetzt war.

DW-Sprecher Christoph Jumpelt bestätigt, dass „die Medien das Thema nach einem Artikel in einer deutschen Tageszeitung aufgegriffen haben. Die DW hat sofort nach Bekanntwerden der Vorwürfe ein externes Gutachten in Auftrag gegeben und transparent über dessen Methode und Ergebnisse kommuniziert. Presseanfragen wurden beantwortet und eine Pressekonferenz wurde abgehalten.“

Jumpelt äußerte sich nicht dazu, ob politischer Druck ausgeübt wurde, sagte aber, der Bundestag habe keine Rolle gespielt. Er fügte hinzu: „Die Geschäftsführung der DW hat sich nach Bekanntwerden der Vorwürfe entschlossen, die Untersuchung in Auftrag zu geben. Uns war klar, dass die Behauptungen von außen überprüft werden müssen.“

Wir fragten die DW, ob die Mitarbeiter:innen, gegen die ermittelt wird, eindeutig über die Namen aller Mitglieder des Untersuchungsausschusses informiert worden seien und ob *Mind Prevention* mit der Ausführung der Untersuchung beauftragt worden sei.

Der Sprecher der DW antwortete: „Die Deutsche Welle hat den Kontakt für persönliche Gespräche zwischen den Mitarbeitern, gegen die die Vorwürfe erhoben wurden, und den externen Ermittlern vermittelt.“

*Arab48* fragte die DW, warum nur arabische Mitarbeiter aus der Arabisch-Abteilung zur Untersuchung vorgeladen worden seien.

Jumpelt sagte, dass „die DW sich mit allen bekannten Vorfällen befasst“.

Interessant ist in diesem Zusammenhang ein Kommentar, den ein anderer Mitarbeiter der arabischen Abteilung der DW, der anonym bleiben möchte, gegenüber *Arab48* gab. Er sagte, dass andere Abteilungen wie die spanische und die türkische Abteilung ihre Solidarität mit der arabischen Abteilung und ihren Widerstand gegen die Vorfälle zum Ausdruck gebracht hätten.

„Sie verwenden die gleichen Begriffe in ihren Berichten und in der Berichterstattung auf den DW-Kanälen in ihren Abteilungen, aber in anderen Sprachen als Arabisch, und es gab keine Überwachung wie in der arabischen Abteilung“, erklärten sie.

*Arab48* fragte nach den neuen, antisemitismusbezogenen Bestimmungen, die in Partnerschaften und Kooperationsverträgen mit arabischen Organisationen aufgenommen wurden.

Jumpelt antwortete: „Das ist geschehen, aber es betrifft nicht nur Vereinbarungen mit Medienorganisationen in der arabischen Region – es betrifft auch die Partner der DW in allen Zielregionen der Welt. Wir haben ihnen unser eigenes ‚Statement of Values‘ gezeigt, das sie sich ansehen können. Darin erklärt die DW, für welche Werte sie steht und was sie in ihren Inhalten fordert, zu diesen Werten gehören unser Engagement gegen Antisemitismus und andere Werte wie Gleichberechtigung und Völkerverständigung.“

Wir haben den Sprecher des deutschen Senders gefragt, ob DW-Mitarbeiter die israelische Besetzung kritisieren dürfen.

Jumpelt sagte: „Natürlich ist Kritik an der israelischen Regierung erlaubt. Zu unserer journalistischen Aufgabe gehört es, unparteiisch, unabhängig und mit großer Sorgfalt zu berichten, natürlich auch aus verschiedenen Blickwinkeln. Unsere Leitlinien und Unparteilichkeitsregeln machen dies für alle Mitarbeiter deutlich.“

Er bestätigte, dass die DW die Position der Bundesregierung zur israelischen Besetzung zitiert und in ihrer Berichterstattung klarstellt, dass die UNO die Siedlungen in der besetzten Westbank und in Ostjerusalem als völkerrechtswidrig einstuft. Jumpelt erläuterte jedoch nicht, an welchen Stellen in dem Bericht die Verwendung von Begriffen wie „Besatzung“ und „Besitzer“ durch palästinensische Organisationen als antisemitisch bezeichnet wurde.

Wir baten um Klärung, warum die DW die Art von politischem Kommentar, die im Bericht der externen Untersuchung enthalten war, gebilligt hatte. So heißt es in dem Bericht beispielsweise, dass „die Rolle der Frauen bei den Protesten gegen die israelische Besetzung an der Grenze zum Gazastreifen und in der Westbank palästinensische Propaganda und antisemitisch ist“. Die Verwendung des Hashtags #Save\_Sheikh\_Jarrah\_Neighbourhood wurde ebenfalls als palästinensische Propaganda und antisemitisch eingestuft.

Jumpelt antwortete darauf: „Zunächst einmal möchte ich darauf hinweisen, dass der Bericht von einer unabhängigen, externen Stelle erstellt wurde. Sie müssen diese Aussagen mit den Autoren des Berichts diskutieren. Wir werten sie nicht. Aber die von Ihnen genannten Beispiele [...] stehen in keinem Zusammenhang mit den getroffenen Aussagen“.

Der Sprecher der Deutschen Welle sagte, der Bericht kritisiere den fehlenden Kontext, um den sich die DW stets bemühe: „Das ist wichtig für das Verständnis der Inhalte und wird von unseren Anhängern geschätzt. Das Gleiche gilt für unsere Neutralität. Daher entspricht die Verwendung von aktivistischen Hashtags ohne Erklärung oder Kontext nicht unseren Regeln.“

*Arab48* bemerkte jedoch eine weitere Gelegenheit, bei der unqualifizierte Solidarität von einem offiziellen DW-Konto in den sozialen Medien zum Ausdruck gebracht wurde. Am 3. März 2022 postete der offizielle Twitter-Account der DW einen Tweet in englischer Sprache, in dem es hieß: „Zusammenstehen in schwierigen Zeiten: DW-Mitarbeiter drückten heute ihre Solidarität mit den in der #Ukraine arbeitenden Kollegen aus. Sie versammelten sich vor unserer Zentrale in Bonn. #MediaFreedom“.

Dazu gab es Fotos von Mitarbeitern, die blaue und gelbe Schilder (die Farben der ukrainischen Flagge) hochhielten, auf denen auf Englisch und Ukrainisch „Solidarity with our colleagues in Ukraine“ stand.

Wir fragten nach der Einstellung der Partnerschaften mit den in der Untersuchung genannten arabischen und palästinensischen Organisationen, denen Antisemitismus vorgeworfen wird. Jumpelt antwortete: „Wir befinden uns in intensiven Gesprächen mit Partnern und Vertriebsorganisationen

und werden uns dazu nicht öffentlich äußern.“ Die gleiche Antwort gab er auf die Frage, ob die DW sich offiziell bei den Organisationen entschuldigt habe.

*Arab48* erhielt jedoch eine Kopie eines offiziellen Schreibens der DW an die Organisationen, die Partner der DW Akademie sind. Darin entschuldigt sich die DW für „jeglichen Schaden, der der Organisation oder den Teammitgliedern durch die in der DW-Untersuchung erwähnten Antisemitismusschwärze entstanden ist“. Das Schreiben bestätigte, dass die Organisationen, an die das Schreiben geschickt wurde, im Gegensatz zu den Ergebnissen des Berichts keinen Antisemitismus zeigten.

Wir fragten nach den Gründen für die Änderung eines deutschsprachigen Artikels über die palästinensische Nakba. Jumpelt sagte: „Dieser Text wurde [...] während der Untersuchung korrigiert. Wir schreiben am Ende des Artikels [...] den Grund für die Änderung des Textes, wie wir es in solchen Fällen immer tun. Wir leugnen die Vertreibung der Palästinenser nicht, und der Artikel, auf den Sie in Ihrer Frage verwiesen haben, weist auf diese Tatsache hin.“

In diesem Fall wurde der Begriff „Enteignung“ aus dem gesamten Text gestrichen und durch Begriffe wie „Flucht“ und „Verlust von Heimat und Eigentum“ ersetzt.

*Arab48* forderte den deutschen Sender auf, den Zusammenhang zwischen der Eröffnung eines neuen Büros in Israel im Oktober 2022, der Frage des Antisemitismus und der Entlassung von DW-Mitarbeitern zu erklären.

Jumpelt antwortete nicht, sondern verwies auf die Presseerklärung zur Eröffnung des Büros, in der Geschäftsführer Peter Limbourg erklärte, der Schritt sei Teil der „Auseinandersetzung mit dem Thema Antisemitismus“ und „eine der Maßnahmen, die wir ergreifen wollen, um uns in diesem Bereich [Umgang mit Antisemitismus] in Zukunft besser aufzustellen und um uns zu befähigen, Dinge anders zu machen, als wir es bisher getan haben“.

Die Details, wie dies geschehen soll, waren unklar, ebenso wie die Frage, ob dieser Schritt in irgendeiner Weise mit der Entlassung der DW-Mitarbeiter zusammenhängt.

*Arab48* bat die DW um eine offizielle Stellungnahme zu den Entscheidungen des deutschen Arbeitsgerichts, wonach die Entlassung einiger Mitarbeiter rechtswidrig gewesen sei, doch Jumpelt weigerte sich, „zu laufenden Gerichtsverfahren“ Stellung zu nehmen. *Arab48* gelang es jedoch, ein internes Rundschreiben der DW zu erhalten, in dem sich die Geschäftsleitung an ihre Mitarbeiter wegen der Entscheidung des Bonner Arbeitsgerichts im Fall von Maram Salem wendet, ohne ihren Namen zu nennen.

Darin heißt es, „entgegen der Darstellung in einigen Medien [...] hat das Gericht nicht eindeutig festgestellt, ob sich die Mitarbeiterin antisemitisch oder israelkritisch geäußert hat.“ Das Gericht erklärte lediglich, es sei nicht davon überzeugt, dass „ein schwerwiegender Grund vorliegt, der eine fristlose Entlassung rechtfertigt“, heißt es in dem Rundschreiben.



In demselben Dokument betonte die DW, dass „das Gericht drei von vier Punkten der eingereichten Klage zurückgewiesen hat. Die schriftliche Begründung [für das Urteil] liegt noch keiner [betroffenen] Partei vor. Das Urteil ist noch nicht rechtskräftig.“

*Arab48* kontaktierte den Rechtsanwalt Ahmad Abed, der Maram Salem vertrat, er sagte, dass das Arbeitsgericht Bonn „während der Verhandlung am 6. Juli 2022 mehrfach ausdrücklich bestätigt hat, dass Maram Salem keine antisemitischen Äußerungen gemacht hat. Das Gericht hat entschieden, dass ihre Kündigung unwirksam ist.“

Es ist erwähnenswert, dass die DW keine Berufung gegen die oben genannte Gerichtsentscheidung eingelegt hat.

## **6. Zusammenfassung der wichtigsten Ergebnisse**

Sich die Anschuldigungen leicht gemacht

Nach dem Bericht der Süddeutschen Zeitung (SZ) über angebliche antisemitische Beiträge in sozialen Medien, der am 30. November 2021 veröffentlicht wurde, suspendierte die DW umgehend mehrere Mitarbeiter und entließ sie anschließend. Die Suspendierungen erfolgten nur drei Tage nach der Veröffentlichung des SZ-Berichts, eine unzureichende Zeitspanne für eine gründliche Überprüfung der Vorwürfe und ihres Hintergrunds. Ungeachtet der unterschiedlichen Inhalte der Beiträge wurden alle beschuldigten Mitarbeiter in gleicher Weise behandelt.

### **Der Untersuchungsausschuss**

Die Wahl von *Mind Prevention* unter der Leitung von Ahmad und Beatrice Mansour durch die DW, um die Antisemitismus-Untersuchung zu beaufsichtigen, wurde nicht ausführlich begründet. Die Beteiligung der Stiftung wurde zunächst nicht bekannt gegeben, als die DW die Einsetzung des Untersuchungsausschusses ankündigte, kam aber ans Licht, als die Untersuchungsergebnisse bekannt gegeben wurden.

Auf die Frage nach der Auswahl und den Qualifikationen von *Mind Prevention* gab die DW trotz der Kritik an der politischen Voreingenommenheit des Ausschusses gegenüber Israel keine Antwort. Dem Untersuchungsausschuss gehörte auch die Juristin Sabine Leutheusser-Schnarrenberger an, die die falsche Behauptung aufgestellt hat, BDS-Unterstützer würden zum Boykott von Juden aufrufen – eine Behauptung, die mit der offiziellen israelischen Haltung zu dieser Bewegung übereinstimmt.

### **Ahmad Mansour**

*Arab48* wertete die Aussagen entlassener Mitarbeiter aus und untersuchte die Vorwürfe gegen das prominenteste Mitglied des DW-Untersuchungsausschusses, Ahmad Mansour. Diese Vorwürfe bezogen sich auf seine politische Voreingenommenheit gegenüber Israel und seine antipalästinensischen und islamfeindlichen Ansichten, die er in mehreren Äußerungen auf Twitter zum Ausdruck brachte.

Bevor er in den Untersuchungsausschuss der DW berufen wurde, stand Ahmed Mansour in akademischen und Medienkreisen weltweit wegen seiner Unterstützung für Teile der europäischen Rechten und Israel in der Kritik. Die DW hat bei seiner Ernennung darüber hinweg gesehen.

Sein Verhalten während der Untersuchung, das sich in politisch gefärbten Äußerungen im Abschlussbericht und in Fragen an entlassene Mitarbeiter zeigte, bestätigte seine voreingenommene Haltung, wie diese berichten. Die Entscheidung, Mansour auszuwählen, widersprach den von der DW erklärten Werten der kulturellen Vielfalt und der freien Meinungsäußerung.

### **Der Bericht des Untersuchungsausschusses**

Moshe Zuckermans Prüfung des Berichts des Untersuchungsausschusses enthüllte eine große Diskrepanz zwischen dem, was der Untersuchungsausschuss auf der Grundlage der IHRA-Definition als antisemitisch interpretierte, und dem, was Zuckermann auf der Grundlage des JDA für antisemitisch hielt.

Diese Inkongruenz unterstreicht einen Fehler in der vom DW-Untersuchungsausschuss angenommenen Definition, da sie nicht zwischen Kritik oder Feindseligkeit gegenüber dem Zionismus oder Israel und Feindschaft gegenüber Juden als Juden differenziert. Zuckermans Einschätzung bestätigte, dass die meisten der untersuchten Beispiele zwar Israel kritisierten, zum Teil in scharfer Form, aber nicht antisemitisch waren.

### **Entlassung der Mitarbeiter**

In Gerichtsurteilen wurde die Entlassung von drei DW-Mitarbeitern als rechtswidrig eingestuft. Die Urteile verdeutlichten das übereilte und falsche Vorgehen der DW als Reaktion auf den Druck der Medien nach dem SZ-Bericht. Die Entlassungen schienen ein Mittel zu sein, die beschuldigten Mitarbeiter zum Sündenbock zu machen, um das Image der Organisation vor den Augen der Medien zu schützen. Die DW hat arabische Mitarbeiter wegen politischer Posts unrechtmäßig entlassen, wobei viele von ihnen bereits vor deren Einstellung gemacht wurden.

### **Die Partnerinstitutionen und die Entschuldigung**

Das Entschuldigungsschreiben der DW Akademie an eine Reihe palästinensischer Partnerinstitutionen, das *Arab48* in Kopie vorliegt, deutet darauf hin, dass die DW Akademie die im Bericht des Untersuchungsausschusses ausgesprochenen Empfehlungen ablehnt. Aus dem Schreiben geht hervor, dass die Partnerschaften trotz der Empfehlungen des Untersuchungsausschusses, bestimmte Kooperationen einzustellen oder zu überprüfen, fortgesetzt werden.

### **Israel-Büro**

Der deutsche Sender erklärte *Arab48* nicht den Zusammenhang zwischen der Eröffnung seines neuen Büros in Israel, Antisemitismus und der Entlassung arabischer Mitarbeiter und verwies uns lediglich auf die Erklärung der DW zur Eröffnung des Büros. Die mangelnde Klarheit in dieser Frage ist ein weiterer Hinweis darauf, dass die DW bei der Definition von Antisemitismus eine politische Position einnimmt, die gegenüber Israel voreingenommen ist.

## **Die den arabischen Mitarbeitern eingeflöbte Angst**

Die verschiedenen von Arab48 gesammelten Zeugenaussagen bestätigten eine Atmosphäre der Angst und Sorge unter den arabischen Mitarbeitern der DW, sowohl im Umgang mit Palästina bezogenen Themen als auch bei der Kritik an Israel. Aus diesen Berichten geht auch hervor, dass Selbstzensur betrieben wird, auch in Form der Überprüfung früherer persönlicher Beiträge in den sozialen Medien.

All dies geschah nach den Entlassungen und steht im Widerspruch zu den erklärten Werten der DW in Bezug auf die Meinungsfreiheit. Es zeigt auch, dass es eine Kluft im Verständnis der DW für die ursprünglichen politischen und kulturellen Hintergründe ihrer arabischen Mitarbeiter gibt.

*Aktualisierung gegenüber dem ursprünglichen Datum der Veröffentlichung auf Arabisch: Vier entlassene Mitarbeiter haben ein Gerichtsverfahren gegen DW eingeleitet. Die Gerichte entschieden, dass sie zu Unrecht entlassen worden waren und Anspruch auf Wiedereinstellung und Gehaltsnachzahlung haben.*

*Dies ist eine bearbeitete und gekürzte Übersetzung von Rose Chacko. Originaluntersuchung in arabischer Sprache zu lesen, die von Arab48 am 19. März 2023 veröffentlicht wurde.*

*Link auf The New Arab unter*

<https://www.newarab.com/investigations/pro-israel-bias-shaped-dws-antisemitism-probe-pt1>

*Alle Fragen zur Untersuchung sollten an Arab48 (investigate@arab48.com) gerichtet werden, da die New Arab Investigative Unit nicht an der Erarbeitung des Projekts beteiligt war.*

*Rabea Eid ist ein palästinensischer Journalist, Schriftsteller und Filmemacher, der in Großbritannien lebt. Seine Arbeit konzentriert sich auf Aktivismus, Kultur und Bewegungen für politischen und sozialen Wandel.*

*Rashad Alhindi: Der deutsch-palästinensische Filmemacher, Forscher und Journalist Rashad Alhindi hat für AlQuds-Network, Fann-Magazine sowie Arab48 geschrieben. Er ist Mitbegründer von ABWAB, der ersten gedruckten arabischen Zeitung in Deutschland. Seine Arbeiten wurden auf Al Jazeera und im deutschen Fernsehen ausgestrahlt, und er hat an internationalen Filmfestivals teilgenommen.*

Quelle:

<https://www.newarab.com/investigations/pro-israel-bias-shaped-dws-antisemitism-probe-pt1>

[1 https://www.arab48.com](https://www.arab48.com)

[2 https://www.aljazeera.com/news/2022/2/15/deutsche-welle-fires-two-more-arab-employees](https://www.aljazeera.com/news/2022/2/15/deutsche-welle-fires-two-more-arab-employees)

[3 https://www.newarab.com/news/berlin-court-backs-palestinian-journalist-fired-dw](https://www.newarab.com/news/berlin-court-backs-palestinian-journalist-fired-dw)

<https://www.middleeastmonitor.com/20230321-german-court-overturms-dw-decision-to-dismiss-palestinian-journalist/>

<https://elsc.support/news/elsc-newsletter-march-2023>

<https://today.lorientlejour.com/article/1292363/sacked-deutsche-welle-journalist-basil-al-aridi-sues->

[broadcaster-for-compensation.html](#)

<https://www.newarab.com/news/lebanese-journalist-sues-dw-over-anti-semitism-dismissal>

4 <https://www.journalistsupport.net/article.php?id=377853>

<https://euromedmonitor.org/en/article/4900/DW-independent-probe-into-anti-semitism-is-biased,-flawed-and-dangerous>

<https://euromedmonitor.org/en/article/5329/Germany:-Euro-Med-Monitor-welcomes-court-ruling-against-Deutsche-Welle-after-firing-of-Arab-journalists>

5 <file:///C:/Users/Rajab/Downloads/Code%20of%20Conduct%20EN-1.pdf>

6 <https://www.spiegel.de/ausland/oesterreich-was-bleibt-nach-der-operation-luxor-vom-grossen-schlag-gegen-die-muslimbruderschaft-a-31c9c19e-ec2a-44cf-b038-95b8b5836542>

7 <https://www.haaretz.com/2016-03-06/ty-article/.premium/right-wing-israeli-group-elad-received-millions-from-shadowy-private-donors/0000017f-e696-df2c-a1ff-fed709090000>

\* <https://farahmaraqa.com>

Siehe dazu auch das Interview in *Übermedien* vom Mai 2023

<https://uebermedien.de/84627/die-deutsche-welle-sollte-sich-offiziell-und-oeffentlich-entschuldigen>

Übersetzung: Pako –palaestinakomitee-stuttgart.de